

zusätzlichen Ressentiments, die Attacke gegen die „liberalen Medien“ und die „versnobten Intellektuellen“, aber kaum ein konkretes Wahlprogramm, das *Romney* wie einen zu moderaten Kandidaten hätte aussehen lassen. Kurz gesagt: Sie drehten weiter an der Eskalationsspirale populistischer Erregung, benutzten eine Sprache, zu der *Romney* keinen Zugang hatte – aber das war es dann auch. Entgegen der landläufigen Meinung vertrat ein Großteil der Wähler in den Republikanischen Primaries die Auffassung, dass es sich bei *Romney* um einen durchaus hinreichend konservativen Kandidaten handelte. Diese Wandlung hatte er, allerdings ohne dabei große Begeisterung auszulösen, am Ende zumindest bewerkstelligt.

Überhaupt sollte sich die Befürchtung, dass ein zu moderater Kandidat vielleicht nicht in der Lage wäre, die Kernwählerschaft der Partei in der Hauptwahl gegen den Präsidenten zu mobilisieren, später als unbegründet erweisen. *Romneys* Problem bestand vielmehr darin, dass er in einem sich demographisch wandelnden Amerika über diese schrumpfende Kernklientel nicht wesentlich hinausgreifen konnte, vermutlich auch, weil er im Prozess der Vorwahlen weit nach rechts rücken musste. Die „true believers“ der Republikaner aber waren auch 2012 hoch motiviert, denn was diesen Vorwahlkampf wohl noch stärker als sonst überlagerte, war die scharfe Opposition gegen die amtierende Regierung, auch die radikale Ablehnung der Person des Präsidenten. Und weil sich darin alle Republikanischen Wähler so einig waren, spielte das Argument der Wählbarkeit in der Hauptwahl eine überragende Rolle in diesem Vorwahlkampf; und hier besaß *Romney* entscheidende Vorteile gegenüber seinen Rivalen, die allesamt auf die eine oder andere Weise zu viel Angriffsfläche boten. Selbst die ultrakonservativen Chefideologen der Bewegung wie *Ann Coulter* und *Rush Limbaugh* unterstützten daher im Laufe der Primary *Mitt Romney*, da sie alles dem Ziel unterordneten, einen Wechsel im Weißen Haus herbeizuführen – das Ziel, das bekanntlich in der Hauptwahl am 6. November 2012 verfehlt wurde.

## **Die US-Präsidentswahl vom 6. November 2012: Obamas Wiederwahl dank verbesserter Zukunftserwartungen, Hurrikan Sandy und einer effektiven Kampagne**

*Patrick Horst*

Nachdem *Barack Obama* im November 2008 mit seiner Wahl zum 44. Präsidenten der USA hohe Erwartungen hinsichtlich einer transformativen Amtsführung geweckt hatte<sup>1</sup>, holte ihn die Realität eines politischen Systems, das auf Gewaltenteilung und Machtkontrolle angelegt ist, schnell wieder ein.<sup>2</sup> Jedoch gelang es ihm, eine Reihe von bedeutenden Gesetzen und internationalen Verträgen durch den 111. Kongress (2009 bis 2011) zu schleusen. Schon bei der Reform des Gesundheitswesens und der Finanzmarktregelung musste *Obama*

- 1 Vgl. *Steven Schier*, Obama's "Big Bang" Presidency, in: *The Forum*, 8. Jg. (2010), H. 3, Article 13; *Theda Skocpol / Lawrence R. Jacobs*, Accomplished and Embattled: Understanding Obama's Presidency, in: *Political Science Quarterly*, 127. Jg. (2012), H. 1, S. 1 – 24.
- 2 Hierzu jetzt *Christoph M. Haas / Wolfgang Jäger* (Hrsg.), *What a President Can – Barack Obama und Reformpolitik im Systemkorsett der USA*, Baden-Baden 2012.

aber erhebliche Konzessionen machen. Mit Vorhaben wie der Klimaschutzgesetzgebung oder der Einwanderungsreform scheiterte er ganz. Die schallende Ohrfeige für die Demokraten bei den Midterm Elections 2010 wurde als ein ungewöhnlich starkes Referendum gegen den amtierenden Präsidenten gewertet.<sup>3</sup> Der geteilte 112. Kongress (2011 bis 2013) brachte keine bedeutenden Gesetze mehr zustande. Die zentralen politischen Auseinandersetzungen wurden zwischen dem Bund und den Einzelstaaten um die Implementierung der Gesundheitsreform sowie um bildungspolitische Initiativen wie das Race-to-the-Top-Programm ausgetragen. Der Widerstand der Republikaner in den Einzelstaaten gegen die Gesundheitsreform war so stark, dass er bis vor die Gerichte getragen wurde. Am 28. Juni 2012 entschied der Supreme Court, dass sie verfassungskonform sei.<sup>4</sup> Dieses Urteil veränderte die Ausgangslage für die Präsidentschaftswahl zu Gunsten *Obamas*. Ob dies aber zusammen mit dem Amtsinhabervorteil und einer Neubewertung des Erreichten, wie sie oftmals von den Wählern gegen Ende einer Amtszeit vorgenommen wird, für eine Wiederwahl reichen würde, war angesichts der kaum vorangekommenen wirtschaftlichen Erholung unsicher.

### 1. Die Nominierung der Präsidentschaftsbewerber

Im Nominierungsverfahren der Demokraten traf *Barack Obama* auf keinen ernsthaften innerparteilichen Herausforderer, wie ihn *Gerald Ford* 1976 in *Ronald Reagan* oder vier Jahre später *Jimmy Carter* in *Edward Kennedy* gefunden hatte. Auch trat kein charismatischer Außenseiter auf, der die Unzufriedenheit mit dem Präsidenten so auf sich zu bündeln wusste wie *Pat Buchanan* 1992 als Herausforderer von *George H. W. Bush*. Dies waren beruhigende Zeichen für den Amtsinhaber, denn noch nie verlor ein Präsident, der unangefochten wieder aufgestellt worden war, den Hauptwahlkampf.<sup>5</sup> Die sichere Renominierung hatte für den Präsidenten den Vorteil, dass er frühzeitig seine Kasse für den Wahlkampf auffüllen konnte: Bis Ende Juli hatte er 350 Millionen Dollar gesammelt, *Romney* nur 193 Millionen.<sup>6</sup>

Das Republikanische Bewerberfeld<sup>7</sup> war zunächst sehr unübersichtlich: Insgesamt hatten dreizehn ernstzunehmende Politiker ihre Kandidatur erklärt. Relativ zügig trennte sich die Spreu vom Weizen. Vier Kandidaten schieden noch im Laufe des Jahres 2011 aus. Zwei kurzzeitige Favoriten der konservativen Tea Party, die Kongressabgeordnete *Michele Bachmann* aus Minnesota und der texanische Gouverneur *Rick Perry*, gaben nach ihrem schlechten Abschneiden in Iowa auf. Auch der moderate *Jon Huntsman, Jr.*, ein früherer Gouverneur von Utah, erklärte seine Kampagne nach einem dritten Platz in New Hampshire für beendet. *Buddy Roemer* und *Gary Johnson* galten von vornherein als Außenseiter, sie bewarben sich schließlich um die Präsidentschaftskandidatur dritter Parteien. Bereits nach New Hampshire

3 Vgl. *Gary C. Jacobson*, The Republican Resurgence in 2010, in: Political Science Quarterly, 126. Jg. (2011), H. 1, S. 27 – 52.

4 Vgl. *Robert Barnes*, Supreme Court Upholds Obama's Health-Care Law, in: washingtonpost.com vom 28. Juni 2012.

5 Vgl. *Helmut Norpoth / Michael Bednarczuk*, History and Primary. The Obama Reelection, in: PS: Political Science and Politics, 45. Jg. (2012), H. 4, S. 614 – 617.

6 Siehe Federal Election Commission, Presidential Pre-Nomination Campaign Receipts, [http://www.fec.gov/press/bkgnd/pres\\_cf/pres\\_cf\\_Even.shtml](http://www.fec.gov/press/bkgnd/pres_cf/pres_cf_Even.shtml) (Abruf am 27. Dezember 2012).

7 Vgl. zu einer ausführlichen Analyse der Republikanischen Vorwahlen *Torben Lütjen* und *Robert Matschoß* in diesem Heft der ZParl.

waren somit nur noch vier ernsthafte Kandidaten im Rennen. Frontrunner *Mitt Romney*, ein moderater ehemaliger Gouverneur von Massachusetts, stand drei Konservativen gegenüber, die um die Gunst der Tea Party buhlten: *Newt Gingrich*, früherer Speaker des Repräsentantenhauses, *Rick Santorum*, ehemaliger Senator von Pennsylvania, und der texanische Kongressabgeordnete *Ron Paul*. Als schärfster Konkurrent galt zunächst *Gingrich*, den *Romney* jedoch nach einer effektiven Negativkampagne mit seinem deutlichen Sieg in Florida am 31. Januar faktisch ausschaltete. Wie schwer es *Romney* fiel, die konservative Parteibasis zu überzeugen, zeigte sich nur wenig später im Auftauchen eines zweiten Kandidaten mit „Momentum“<sup>8</sup>: des sozialkonservativen *Rick Santorum*. Ihm gelang es, das Rennen weit über den Super Tuesday hinaus offenzuhalten. Erst als *Romney* am 3. April alle drei Vorwahlen im District of Columbia, in Maryland und in Wisconsin gewann, war sein Vorsprung so groß, dass er nicht mehr eingeholt werden konnte. Am 10. April warf auch *Santorum* das Handtuch.<sup>9</sup>

Der Republikanische Auswahlwettbewerb des Jahres 2012 dauerte damit ungewöhnlich lange. Dies war auf drei Faktoren zurückzuführen: Erstens vermochte der Frontrunner nicht vollends zu überzeugen und musste sich immer neuer Angriffe seiner Herausforderer erwehren. Zweitens hatten die Republikaner den Vorwahlkalender entzerrt und die Delegiertenzuweisung nach Proporz für die frühen Wettbewerbe eingeführt, um das so genannte Frontloading zu verhindern. Vor allem die teilweise Abkehr vom Winner-Takes-All-Prinzip bewirkte, dass es nicht zu einer schnellen Entscheidung kam.<sup>10</sup> Drittens trugen die veränderten Regeln der Wahlkampffinanzierung nach dem Citizen-United-Urteil des Supreme Court dazu bei, dass manch ein Kandidat länger im Rennen bleiben konnte, als es unter den alten Regeln möglich gewesen wäre: So profitierten sowohl *Gingrich* als auch *Santorum* in entscheidenden Phasen des Wettbewerbs von der Unterstützung so genannter Super-PACs, Political Action Committees, die es reichen Einzelpersonen, Unternehmen und Gewerkschaften erlaubten, unbegrenzte Mittel in den Wahlkampf einzuspeisen. Winning Our Future unterstützte *Gingrich* mit 17 Millionen Dollar gegen *Romney*, der Red, White & Blue Fund gab 7,5 Millionen Dollar für *Santorum* aus – im Vergleich zu den von den Kandidaten selbst aufgebrachten Mitteln ist dies eine beträchtliche Summe.<sup>11</sup>

8 Vgl. zu Begriff und Typus eines Kandidaten mit Momentum *Barbara Norrander*, The Attrition Game: Initial Resources, Initial Contests and the Exit of Candidates during the US Presidential Primary Season, in: British Journal of Political Science, 36. Jg. (2006), H. 3, S. 487 – 489.

9 Vgl. *Jeff Zeleny / Jim Rutenberg*, Romney Wins Big in Florida, Regaining Momentum, in: The New York Times vom 31. Januar 2012; *Dan Balz / Philip Rucker*, Mitt Romney Wins Wisconsin, Maryland, D.C. Primaries, in: washingtonpost.com vom 3. April 2012; *Katherine Q. Seelye / Jim Rutenberg*, Santorum Quits Race, Clearing a Path for Romney, in: The New York Times vom 10. April 2012. Zum Vorwahlprozess als Ausscheidungswettkampf siehe *Patrick Horst*, Parteiinterne Vorwahlen in den USA: Ein sinnvoller Weg zur Nominierung nationaler Spitzenkandidaten – auch in Deutschland?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 61. Jg. (2012), H. 4, S. 493 – 498.

10 Zu den innerparteilichen Reformen der Republikaner vgl. *Patrick Horst*, Die unendliche Reform des präsidentiellen Nominierungsprozesses in den USA, in: *Ursula Münch / Uwe Kranenpohl / Henrik Gast* (Hrsg.), Parteien und Demokratie – Innerparteiliche Demokratie im Wandel, Baden-Baden 2013 (im Erscheinen).

11 Vgl. Center for Responsive Politics, 2012 Presidential Independent Expenditures, <http://www.opensecrets.org/pres12/indexp.php> (Abruf am 28. Dezember 2012).

## 2. Die Brückenperiode: Von der faktischen zur tatsächlichen Nominierung

Nachdem Romney seine Nominierung nicht mehr zu nehmen war, begann im Grunde der Hauptwahlkampf. Auf Republikanischer Seite stand eine Reihe potenter Super-PACs zu seiner Unterstützung bereit. Die „unabhängigen Ausgaben“ dieser Organisationen waren, anders als es der Begriff vermuten ließ, eng mit dem Wahlkampfteam des ihnen jeweils verbundenen Kandidaten koordiniert. American Crossroads und die Tochtergesellschaft Crossroads GPS, im Jahre 2009 von den Republikanischen Parteistrategen *Karl Rove* und *Ed Gillespie* gegründet, gaben zusammen über 110 Millionen Dollar im Präsidentschaftswahlkampf aus – einen Großteil davon zwischen April und Juli 2012. Noch mehr Geld zur Verfügung hatte der Romney-Super-PAC Restore Our Future, der über 140 Millionen Dollar in den Wahlkampf investierte. Zusammen mit Americans for Prosperity, dem Super-PAC der Industriellen-Brüder *Charles G. Koch* und *David H. Koch*, gaben die drei finanzstärksten Republikanischen Gruppierungen über 200 Millionen Dollar für Angriffswerbespots gegen *Obama* aus. Die Demokraten hatten Schwierigkeiten, mit dem Gegner Schritt zu halten. Priorities USA Action, der von zwei früheren *Obama*-Mitarbeitern gegründete Super-PAC, mobilisierte 66 Millionen Dollar gegen *Romney*.<sup>12</sup> Mit Hilfe der Super-PACs gelang es den Republikanern zum einen, den Finanzvorteil *Obamas* wettzumachen (vgl. Tabelle 1). Zum anderen nahm die Negativität der Werbung zu, weil sich die Super-PACs in gezielter Arbeitsteilung mit den Wahlkampfstäben der Kandidaten auf den negativen Wahlkampf spezialisierten.<sup>13</sup>

Das bevorzugte Motiv der Republikaner in ihren Angriffswerbespots war das Versagen des Präsidenten in der Wirtschaftspolitik. Am Tage des Rückzugs von *Santorum* startete American Crossroads in den wichtigsten Battleground-, also den umkämpften Staaten, eine Werbekampagne, die *Obama* wegen der hohen Energiepreise attackierte. Auch *Romney* selbst wurde nicht müde, das ökonomische Scheitern des Präsidenten auszumalen, unter dessen Ägide die Arbeitslosigkeit gestiegen, das Durchschnitteinkommen gesunken und die Zahl der Amerikaner, die auf Lebensmittelmarken angewiesen waren, gewachsen sei. Der Präsident konterte in denselben Einzelstaaten mit einer Kampagne, die auf die tiefe ökonomische Krise hinwies, die er von seinem Vorgänger *George W. Bush* geerbt habe, und argumentierte, dass er das Land wieder auf den richtigen Weg geführt habe. Außerdem versuchte *Obama* in sich wiederholenden Fernsehwerbespots ein Negativbild von *Romney* zu zeichnen: Dieser habe als Vorstand der Private-Equity-Firma Bain Capital zahlreiche Unternehmen zerschlagen und dabei ein Vermögen angehäuft, sich aber um das Leid der Arbeitslosen nicht geschart. Tiefpunkt der Negativkampagne war ein Werbespot von Priorities USA Action, in dem ein entlassener Stahlarbeiter *Romney* für den Verlust seiner Krankenversicherung und den Krebstod seiner Frau verantwortlich machte. Die Attacken blieben nicht ohne Wirkung: Vor allem in den Staaten, in denen sie konzentriert gesendet wurden, berichteten die Wähler, dass sie *Romney* nun negativer beurteilten als zuvor.<sup>14</sup>

12 Siehe ebenda.

13 Vgl. *Trevor Potter*, Five Myths About Super PACs, in: washingtonpost.com vom 13. April 2012; *Robert Draper*, The Prize of Power, in: The New York Times (Sunday Magazine) vom 8. Juli 2012, S. 20.

14 Siehe *Chris Cilizza / Aaron Blake*, American Crossroads vs. President Obama, in: washingtonpost.com vom 11. April 2012; *Jeremy W. Peters*, Blitz of Campaign Ads Is Early and Aggressive, in: The New York Times vom 17. Mai 2012; *Amy Gardner / Philipp Rucker*, Democratic Leaders Back Obama's Bain Strategy vs. Romney, Acknowledge Risks, in: washingtonpost.com vom 27. Mai

**Tabelle 1: Kumulierte Einnahmen, Ausgaben und „Cash on Hand“ der beiden Präsidentschaftsbewerber im Wahlkampf, April bis November 2012 (in Millionen Dollar)**

Zeitraum bis	<i>Obama</i>			<i>Romney</i>		
	Einnahmen	Ausgaben	Cash on Hand	Einnahmen	Ausgaben	Cash on Hand
31. April 2012	222,3	109,0	115,2	100,2	91,0	9,2
31. Mai 2012	261,4	153,6	109,7	123,6	106,6	17,0
30. Juni 2012	307,3	211,7	97,5	156,6	134,1	22,5
31. Juli 2012	356,5	270,6	87,7	197,0	166,8	30,2
31. August 2012	441,3	354,4	88,8	283,6	233,1	50,4
30. September 2012	567,3	469,9	99,3	361,3	298,2	63,1
17. Oktober 2012	644,6	552,8	93,7	413,1	360,4	52,7
26. November 2012	732,7	729,2	5,4	478,7	465,8	12,9

Anmerkung: „Cash on Hand“ = Barbestand.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Federal Election Commission, Campaign Finance Reports and Data: Select Presidential Reports for the Current Election Cycle, <http://query.nictusa.com/pres/> (Abruf am 27. Dezember 2012).

Beide Kampagnen nutzten den Frühsommer auch dazu, um ihre Strategien für den Hauptwahlkampf im Herbst inhaltlich vorzubereiten: *Romney* versuchte, den Fokus auf den Wirtschaftsthemen zu halten und scheute vor kontroversen, polarisierenden gesellschaftspolitischen Themen zurück, die vielleicht seine konservative Parteibasis mobilisiert, aber die entscheidenden Wechselwähler in der Mitte verschreckt hätten. *Obama* ging etwas höheres Risiko: In der Steuerpolitik propagierte er die Verlängerung der Steuersenkungen von Präsident *George W. Bush* für Haushalte mit einem Einkommen unter 250.000 Dollar im Jahr, die Steuern für Bezieher höherer Einkommen sollten dagegen steigen. Außerdem platzierte er gezielt einige neue Themen, die das Potential hatten, die Republikaner zu spalten und wichtige Gruppen seiner Wählerkoalition zu mobilisieren: So befürwortete er erstmals die Homosexuellen-Ehe und stoppte per Exekutivorder die Ausweisung illegaler Einwanderer. In der Gesundheitspolitik versuchte *Obama* aus der Tatsache Kapital zu schlagen, dass *Romney* als Gouverneur von Massachusetts ein der Gesundheitsreform sehr ähnliches Gesetz unterzeichnet hatte, im Wahlkampf aber auf die Position der Republikaner, die eine Rücknahme der Gesundheitsreform forderten, umgeschwenkt war.<sup>15</sup>

Eine traditionell wichtige Etappe auf dem Weg zu den nationalen Nominierungskonventionen war für beide Präsidentschaftsbewerber die Auswahl ihrer Vizepräsidentschaftskandidaten: Präsident *Obama* hatte in Vizepräsident *Joe Biden* bereits einen – und er dachte öffentlich nicht darüber nach, ihn auszuwechseln. Für den Herausforderer war die Aufgabe nicht ganz so einfach. Immer neue Namen wurden über die Sommermonate ventilert. *Romney*

2012; *Justin Sink*, Romney Pressures President Obama to Denounce Controversial Cancer Ad, in: [thehill.com](http://thehill.com) vom 9. August 2012; *Jim Rutenberg / Jeff Zeleny*, Bain Attacks Make Inroads for President, in: The New York Times vom 30. Juni 2012.

15 Vgl. *Mark Landler / Jeff Zeleny*, Obama Campaign Pushes the Issue of Gay Marriage, in: The New York Times vom 10. Mai 2012; *Julia Preston / John H. Cushman, Jr.*, Obama to Permit Young Migrants to Remain in the U.S., in: ebenda vom 15. Juni 2012; *Michael D. Shear / Ashley Parker*, In Defending His Health Care Plan, Romney Often Called Its Mandate a Tax, in: ebenda vom 5. Juli 2012.

überließ nichts dem Zufall, nahm sich drei Monate Zeit für seine Auswahl und überprüfte die Kandidaten bis in ihr Privatleben hinein, um einen ähnlichen Fehler, wie ihn *John McCain* vier Jahre zuvor mit der Auswahl von *Sarah Palin* gemacht hatte, zu vermeiden. Lange Zeit galten Senator *Rob Portman* aus Ohio und *Tim Pawlenty*, der frühere Gouverneur von Minnesota, als Favoriten. Am Ende aber beugte sich *Romney* dem Druck der konservativen Interessengruppen und nominierte *Paul Ryan* aus Wisconsin, der als Vorsitzender des Budgetausschusses im Repräsentantenhaus einen Plan zur Reduzierung des Haushaltsdefizits und zur Reform von Medicare vorgelegt hatte, mit dem die Republikaner in den Wahlkampf ziehen wollten.<sup>16</sup>

Die Brückenperiode ist auch die Zeit, in der die Präsidentschaftswahlkampagnen abschließend entscheiden, ob sie die öffentliche Finanzierung für den Hauptwahlkampf annehmen. Viel zu überlegen gab es diesmal nicht: Nachdem *Obama* vor vier Jahren als erster Kandidat einer der beiden großen Parteien die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt abgelehnt und dadurch einen gewaltigen Finanzvorteil gegenüber *John McCain* erzielt hatte, war 2012 von vornherein klar, dass keiner der beiden Bewerber öffentliche Gelder in Anspruch nehmen und die damit einhergehenden Ausgabenbegrenzungen von 91,2 Millionen Dollar akzeptieren würde. Das System der öffentlichen Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfes lag damit, nachdem die Kandidaten es auch schon in der Vorwahlperiode umgangen hatten, vollends in Scherben.<sup>17</sup>

### *3. Die Ausgangslage und die Prognosen nach den Nominierungskonventen*

Nach der Sommerpause kündigten die beiden nationalen Parteikonvente den Beginn des zweimonatigen Hauptwahlkampfs an. Wie immer ging die Partei des Herausforderers voran. Infolge des Hurrikans Isaac musste der Konvent der Republikaner in Tampa Bay, Florida, Ende August um einen Tag verkürzt werden. Vor allem die Verdrängung des bewegenden Auftritts von *Ann Romney* in der nationalen Berichterstattung durch den Tropensturm trug dazu bei, dass der traditionelle Hüpfer in den Umfragen für den Herausforderer ausblieb.<sup>18</sup> Ungünstig ausgewirkt haben dürfte sich auch die Nachricht von den Spannungen zwischen Herausforderer *Romney* und den Anhängern von *Ron Paul*, der sich weigerte, eine Ansprache auf dem Konvent zu halten, weil *Romney* deren Inhalt kontrollieren wollte. Nicht verhindern aber konnte *Romney*, dass die Wahlkampfplattform sehr konservativ ausfiel. Auf sie ging er in seiner Nominierungsrede allerdings kaum ein. Stattdessen präsentierte er sich als sorgenloser Familienvater und ehrenhafter Geschäftsmann, um seine negativen Popularitätswerte zu

16 Vgl. *Ashley Parker / Michael Barbaro*, Caution, Not Flash, as Romney Seeks His No. 2, in: ebenda vom 17. Juli 2012; *Michael D. Shear / Trip Gabriel*, Romney Faces Pressure From Right to Put Ryan on Ticket, in: ebenda vom 9. August 2012; *Jeff Zeleny / Jim Rutenberg*, Romney Chooses Ryan, Pushing Fiscal Issues to the Forefront, in: ebenda vom 11. August 2012.

17 Vgl. *Catalina Camia*, Obama, Romney Skip Taxpayer Money for Campaign, in: usatoday.com vom 27. April 2012; *Anthony Corrado*, Financing Presidential Nominations in the Post-Public Funding Era, in: *William G. Mayer / Jonathan Bernstein* (Hrsg.), *The Making of the Presidential Candidates 2012*, Lanham 2012, S. 23 – 58.

18 Vgl. The American Presidency Project, The Post-Convention Bounce in Voters' Preference 1964–2012, [http://www.presidency.ucsb.edu/data/convention\\_bounces.php](http://www.presidency.ucsb.edu/data/convention_bounces.php) (Abruf am 19. Dezember 2012).

bekämpfen – zunächst ohne Erfolg. Reichlich Häme im Internet erntete der Auftritt von Hollywoodstar *Clint Eastwood*.<sup>19</sup>

Die Demokraten hatten bereits im Januar ihren Parteikonvent auf drei Tage verkürzt. Sie trafen sich vom 4. bis 6. September in Charlotte, North Carolina – wie die Republikaner in einem Swing State. Ihr Konvent stand unter einem günstigeren Stern: Isaac war inzwischen an der Ostküste vorbeigezogen, und am Dienstag nach Labor Day hatten auch die letzten Urlaubsreisenden ihre Arbeit wieder aufgenommen, was den Demokraten eine größere und ungeteilte Aufmerksamkeit bescherte. First Lady *Michelle Obama* eröffnete den Parteitag mit einem umjubelten Auftritt. Am Mittwochabend erklärte der frühere Präsident *Bill Clinton* den Wählern, warum es ihnen nach vier Jahren *Obama* ökonomisch besser ging als zuvor und sie diesen wiederauswählen sollten – ein von hoher politischer Sachkunde geprägtes rhetorisches Feuerwerk. Zum Abschluss des Konvents betonte der Präsident in seiner kämpferischen Nominierungsrede, dass die Amerikaner vor einer „klaren Wahl zwischen zwei fundamental verschiedenen Visionen für die Zukunft“ stünden: seiner Vision der „Citizenship“ und des gegenseitigen Füreinandereinstehens oder der sozialdarwinistischen Vision der Republikaner, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied sei. Im Gegensatz zu seinem Herausforderer ging *Obama* auch in die politischen Details. Dabei sparte er jedoch seine Zukunfts-vorhaben größtenteils aus und ließ seine Leistungsbilanz für sich sprechen.<sup>20</sup>

Die entscheidende Frage für die kommenden zwei Monate war, ob die Wähler der Interpretation von *Obamas* Leistungsbilanz, die ihnen *Bill Clinton* und der Präsident angeboten hatten, folgen würden. Nach den Nominierungskonventen bestand kein Zweifel, dass die für die Wahlentscheidung fundamentalen Faktoren – der Amtsbonus und eine solide Zustimmungsrate von 50 Prozent<sup>21</sup> – den Präsidenten begünstigten. Nur die Wirtschaftslage gab ein uneinheitliches Bild ab: Wachstum und ökonomische Zukunftserwartungen deuteten eher auf eine Wiederwahl des Präsidenten hin, seine Bilanz bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze ließ eine Niederlage erwarten. Im Durchschnitt der vorliegenden Prognosen US-amerikanischer Politikwissenschaftler sprach alles für ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen *Obama* und *Romney* – mit einem hauchdünnen Vorteil für den Amtsinhaber.<sup>22</sup> Beim Blick auf die Verteilung der Wahlmännerstimmen war die Ausgangslage für den Präsidenten sogar noch etwas besser, als es die Prognosen aussagten: Die Wirtschaftslage in den meisten Swing States war besser als im Rest des Landes. Betrug die Arbeitslosenrate im Juni USA-weit

19 Vgl. *Alessandra Stanley*, Stepping Out of a Husband's Shadow, and Perhaps Overshadowing Him, in: The New York Times vom 29. August 2012; *Jim Rutenberg / Michael D. Shear*, As Storm Disrupts Plans, G.O.P. Takes Up Tensions, in: ebenda vom 27. August 2012; *Marc Fisher*, GOP Platform Through the Years Show Party's Shift from Moderate to Conservative, in: washingtonpost.com vom 28. August 2012; *Mitt Romney*, Republican Convention Speech: Full Text, in: huffingtonpost.com vom 30. August 2012; *Andrew Romano*, Why Romney Has the Worst Favorability Ratings in Memory, in: thedailybeast.com vom 6. September 2012; *Michael Barbaro / Michael D. Shear*, Before Eastwood's Talk With a Chair, Clearance From the Top, in: The New York Times vom 31. August 2012.

20 Vgl. *Jim Rutenberg*, Michelle Obama Tops Opening Night for Democrats, in: The New York Times vom 4. September 2012; *Jeff Zeleny / Mark Landler*, Clinton Delivers Stirring Plea for Obama Second Term, in: ebenda vom 6. September 2012; *Obama's Speech to the Democratic National Convention (Full Transcript)*, in: washingtonpost.com vom 7. September 2012.

21 Vgl. Gallup Daily: Obama Job Approval, in: gallup.com vom 7. Januar 2013.

22 Zu diesen Voraussagen vgl. wie in jedem Präsidentschaftswahljahr das Oktoberheft von PS: Political Science and Politics, 45. Jg. (2012), H. 4, S. 610 – 674.

8,2 Prozent, so lag sie in sieben dieser Staaten mit ungewissem Wahlausgang (Iowa, New Hampshire, New Mexico, Ohio, Pennsylvania, Virginia, Wisconsin) zum Teil deutlich darunter. In vier weiteren Swing States (Florida, Michigan, Nevada und North Carolina) lag sie zwar über dem Landesdurchschnitt, war aber im letzten Jahr deutlich zurückgegangen. *Obama* verfügte über deutlich mehr Siegesszenarien als sein Herausforderer, um die notwendigen 270 Stimmen im Electoral College zu erreichen.<sup>23</sup>

#### 4. Der Hauptwahlkampf

Präsident *Obama* nutzte den Schwung des Demokratischen Parteikonvents und entschied, *Bill Clinton* stärker in seine Kampagne zu integrieren. Den ganzen September über gelang es *Romney* nicht, aus der Defensive herauszukommen. Sein Versuch, den Terroranschlag auf die US-Botschaft in Bengasi (Lybien), bei dem vier Botschaftsangehörige ums Leben gekommen waren, für einen Angriff auf *Obamas* Außenpolitik zu nutzen, schlug fehl. Der Vorwurf des Präsidenten, *Romney* würde eine nationale Tragödie politisieren, saß. Noch schlimmer kam es für den Herausforderer, als das linke Nachrichtenmagazin Mother Jones am 17. September ein Video an die Öffentlichkeit lancierte, das ihm vom Demokratischen Oppositionsforscher *James Carter*, einem Enkel von Ex-Präsident *Jimmy Carter*, zugespielt worden war: Auf diesem Video war *Romney* zu sehen, wie er auf einer privaten Fundraising-Veranstaltung in Boca Raton (Florida) 47 Prozent der Amerikaner als Leute bezeichnete, die keine Einkommenssteuer zahlten, abhängig vom Staat seien und sich als Opfer betrachteten. Überzeugender konnte die Strategie *Obamas*, *Romney* als abgehobenen Plutokraten zu zeichnen, nicht bestätigt werden. Kaum hilfreich in diesem Zusammenhang war, dass *Romney* den Forderungen der Demokraten und der Öffentlichkeit, seine Steuereinkünfte offenzulegen, nur scheibchenweise nachkam. Ein untrügliches Zeichen, dass es um den Herausforderer nicht zum Besten stand, war die vermehrte Kritik an Wahlkampfleiter *Stuart Stevens*.<sup>24</sup>

*Romneys* letzte Hoffnung, das Blatt noch zu wenden, kam mit den Fernsehduellen, deren erstes für den 3. Oktober in Denver (Colorado) anberaumt war. Fernsehdebatten ändern zwar nur in Ausnahmefällen die Dynamik eines Wahlkampfes, wenn sie es tun – wie 1960 zugunsten *John F. Kennedys* oder vierzig Jahre später bei *George W. Bush* – dann immer zugunsten des Herausforderers. 2012 schien ein solcher Fall erneut einzutreten: 72 Prozent der Zuschauer sahen *Romney* als Sieger der ersten Debatte, nur 20 Prozent *Obama*. So klar hatte sich noch nie ein Herausforderer durchgesetzt. Der überzeugende Auftritt *Romneys* stellte den Gleichstand mit *Obama* in den Umfragen her. Knapp eine Woche nach dem TV-Duell übernahm *Romney* sogar die Führung bei Gallup und gab sie bis zum Wahltag

23 Vgl. *Chris Cilizza*, In Swing States, Economic Picture a Little Brighter for Obama, in: washingtonpost.com vom 22. Juli 2012.

24 Vgl. *Peter Baker*, Master Campaigner Summons the Spotlight for Obama (and Himself), in: The New York Times vom 10. September 2012; *Peter Baker / Ashley Parker*, A Challenger's Criticism Is Furiously Returned, in: ebenda vom 12. September 2012; *David Corn*, Secret Video: Romney Tells Millionaire Donors What He Really Thinks of Obama Voters, in: motherjones.com vom 17. September 2012; *Nicholas Confessore / David Kocieniewski*, Romney Reveals He Paid 14% Rate in 2011 Tax Return, in: The New York Times vom 21. September 2012; *Philip Rucker*, Romney Campaign Faces Distractions, in: washingtonpost.com vom 18. September 2012.

nicht mehr ab. In den Umfragen anderer Institute lieferte er sich zumindest ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit *Obama*. Die beiden folgenden Fernsehdebatten und auch die Debatte der Vizepräsidentschaftskandidaten zementierten den offenen Charakter des Wettbewerbs.<sup>25</sup>

Der erste Sieg war für *Romney* auch deshalb enorm wichtig, weil er seine Wettbewerbsfähigkeit auf anderen Feldern des Wahlkampfes enorm befürchtete: Für das „Ground Game“ benötigte er Truppen, mit denen er seine „Field Offices“ bestücken konnte. Für den „Air War“ brauchte er vor allem Geld, um teure Sendezeiten einkaufen zu können. Beides, Freiwillige und Geld, floss ihm nach seinem überzeugenden Debatteneinführung wieder deutlich stärker zu. Dabei war der *Romney*-Kampagne klar, dass sie *Obamas* Organisationsvorsprung nur unter Aufbietung aller Kräfte würde wettmachen können. *Obama* hatte seine 2008 aufgebaute Organisation in den Battleground-Staaten weitgehend aufrecht erhalten. So hatten die Demokraten in Ohio über hundert Feldbüros eingerichtet. Hinzu kam am Wahltag ein Vielfaches an privaten Wohnzimmern, Büros und Garagen als Kampagnenstützpunkte. In Florida verfügten sie nach eigenen Angaben über 104 Feldbüros, die Republikaner nur über 47. Bei der Wählerregistrierung lagen die Demokraten in fünf (Florida, Iowa, North Carolina, Nevada und Pennsylvania), die Republikaner in zwei umkämpften Staaten (Colorado und New Hampshire) vorne. In Ohio, Virginia und Wisconsin standen keine Daten zur Verfügung, weil die Wähler bei der Registrierung ihre Parteineigung nicht angeben müssen. Dennoch konnten die Republikaner Manches mit Engagement wettmachen: So berichteten Ende Oktober 37 Prozent der Wähler in den acht am härtesten umkämpften Staaten (obige zehn ohne North Carolina und Pennsylvania, die inzwischen dem Republikanischen beziehungsweise Demokratischen Lager zugeordnet wurden), dass sie von der *Obama*-Kampagne entweder persönlich, telefonisch oder online kontaktiert worden seien. Von den Republikanern wurden kaum weniger (35 Prozent) angesprochen.<sup>26</sup>

Von besonderer Bedeutung war wie schon in den letzten Präsidentschaftswahlen das so genannte Early Voting. Hatten 2004 bereits 20 Prozent der Wähler ihre Stimme vor dem Wahltag abgegeben, so war der Anteil der frühen Wähler 2008 auf 30 Prozent angestiegen. Während vor vier Jahren vor allem *Obama* die Chancen des Early Voting genutzt hatte, kämpften 2012 beide Kampagnen mit vollem Einsatz um jede vorzeitig abgegebene Stimme. Weil die Briefwahl (Absentee Voting) erfahrungsgemäß häufiger von Republikanern, die vorzeitige persönliche Stimmabgabe (Early Voting im engeren Sinne) bevorzugt von Demokraten in Anspruch genommen wird, kam es in einigen Einzelstaaten wie Florida zur Verkürzung der Early-Voting-Perioden. Aufgrund der verstärkten Manipulationsmöglichkeiten beim frühen Wählen – insbesondere bei der Briefwahl, in der die Ausübung des Wahlaktes und die Wahrung des Wahlgeheimnisses von den Behörden nicht überwacht werden kann – erließen zahlreiche Einzelstaaten auch strengere Vorschriften zur Identifizierung der Wäh-

25 Vgl. *Jeffrey M. Jones*, Romney Narrows Vote Gap After Historic Debate Win, in: gallup.com vom 8. Oktober 2012; Election 2012 Likely Voters Trial Heat: Obama vs. Romney, in: ebenda vom 13. Januar 2013; Vice Presidential Debate Polls Show Mixed Results, in: huffingtonpost.com vom 12. Oktober 2012.

26 Vgl. *Monica Davey / Michael Wines*, In Ohio, a Study in Contrasts as 2 Campaigns Get Out Vote, in: The New York Times vom 3. November 2012; *Trip Gabriel*, Campaign Boils Down to Door-to-Door Voter Drives, in: ebenda vom 21. Oktober 2012; *Karen Tumulty*, Obama and Romney Hit the Final Stretch, in: washingtonpost.com vom 21. Oktober 2012; *Jon Cohen*, Obama and Romney Campaigns Ramp Up Their Efforts in Swing States, in: ebenda vom 27. Oktober 2012.

ler oder veranlassten die Säuberung des Wählerregisters.<sup>27</sup> Am Ende hatte *Obama* die Nase beim Early Voting trotzdem wieder vorn: In den Battlegrounds Florida, Iowa, Nevada, North Carolina und Ohio, in denen zwischen einem Drittel und drei Viertel aller Wähler früh wählten, lagen die Demokraten zum Teil deutlich vor den Republikanern. Nur in Colorado hatten mehr Republikaner als Demokraten früh gewählt. Bundesweit wählte etwa ein Viertel aller Amerikaner vorzeitig.<sup>28</sup>

Weit überraschender als *Obamas* Vorteil im „Bodenkampf“ war die Tatsache, dass er auch den „Luftkrieg“ für sich entschied, um in der martialischen Terminologie der amerikanischen „Wahlschlachten“ zu bleiben. Die Demokraten hatten lange befürchtet, dass sie von den Republikanern in der Jagd nach Spendengeldern abgehängt würden. Am Ende gaben die Republikaner mit zusammen 1,26 Milliarden Dollar auch etwa 110 Millionen Dollar mehr aus als die Demokraten.<sup>29</sup> Die Geldsummen alleine machten jedoch nicht den Unterschied, stärker noch kam es darauf an, wer sie wie einsetzte: *Obama* hatte den Vorteil, dass er seine Fernsehwerbung größtenteils selbst produzierte – 142 der 215 originellen Werbespots der Demokraten waren von ihm. Das ermöglichte es ihm, seine politischen Botschaften besser zu kontrollieren und zielgruppengerechter einzusetzen als *Romney*, der nur 93 der 259 Republikanischen Werbespots produzierte und in stärkerem Maße den Republikanischen Super-PACs ausgeliefert war. Weil *Obama* die Sendezeiten frühzeitig einkaufte, bekam er auch günstigere Preise. Nach Labor Day erhielt er als Kandidat aufgrund gesetzlicher Bestimmungen ohnehin günstigere Raten als die unabhängigen Gruppen. Dies führte dazu, dass die Republikaner zwar deutlich mehr Geld für ihre Fernsehwerbespots ausgaben, *Obama* aber mehr Werbespots produzierte und auch sendete. Im gesamten Hauptwahlkampf gaben die vier zahlungskräftigsten Demokratischen Organisationen schätzungsweise 283 Millionen Dollar für 516.000 Werbespots aus, die Republikaner zahlten 45 Millionen Dollar mehr, erhielten dafür aber 50.000 Werbespots weniger.<sup>30</sup>

Von der öffentlichen Meinung werden die Werbespots im Radio selektiv wahrgenommen. Sie sind besonders auf der Zielgeraden des Wahlkampfs von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sie können billig produziert, zielgruppengerecht zugeschnitten und auch provo-

- 27 Vgl. Michael McDonald, Early Voting in 2012: What to Expect, in: huffingtonpost.com vom 13. August 2012; Marc Caputo / Trevor Aaronson, Florida's Presidential Election is Half Over, With More Than 4 Million Voters Having Cast Ballots by Absentee, Early Vote, in: miamiherald.com vom 5. November 2012; Adam Liptak, Error and Fraud at Issue as Absentee Voting Rises, in: The New York Times vom 6. Oktober 2012; National Conference of State Legislatures, Voter Identification Requirements, ncsl.org (Abruf am 12. Januar 2013).
- 28 Zu den Zahlen, die aber unter Vorbehalt zu genießen sind, Michael McDonald, United States Elections Project, 2012 Early Voting Statistics, [http://elections.gmu.edu/early\\_vote\\_2012.html](http://elections.gmu.edu/early_vote_2012.html) (Abruf am 9. Januar 2013).
- 29 Die Summen setzen sich wie folgt zusammen: *Romney*-Kampagne 465,8 Millionen Dollar, Republican National Committee 378,8 und unabhängige Gruppen der Republikaner 412,3; *Obama*-Kampagne 729,2, Democratic National Committee 285,8 und unabhängige Gruppen der Demokraten 133,7 Millionen Dollar. Vgl. Center for Responsive Politics, 2012 Presidential Race, <http://www.opensecrets.org/pres12/index.php> (Abruf am 28. Dezember 2012); Campaign Finance Institute, Money vs. Money-Plus: Post-Election Reports Reveal Two Different Campaign Strategies, 11. Januar 2013, <http://www.cfinst.org> (Abruf am 13. Januar 2013).
- 30 Vgl. Elizabeth Wilner, Romney and Republicans Outspent Obama, But Couldn't Outadvertise Him – Targeting and Message-Control Carried the Day, in: adage.com vom 9. November 2012; Laura Baum, 2012 Shatters 2004 and 2008 Records for Total Ads Aired, Wesleyan Media Project, 24. Oktober 2012, <http://mediaproject.wesleyan.edu> (Abruf am 10. Januar 2013).

kativer formuliert werden, weil sie zumeist unterhalb des Radars der Mainstream-Medien über den Äther gehen. Seine Unterstützung für die Homosexuellenheirat bewarb *Obama* zum Beispiel lieber in zielgruppenspezifischen Radiospots als im Fernsehen mit größerer Reichweite. Nicht immer allerdings blieb die Radiowerbung unbemerkt. Ein *Romney*-Spot, der in den letzten Wochen vor der Wahl in Ohio gesendet wurde und *Obama* vorwarf, mit seinem Rettungspaket für die Autoindustrie nur erreicht zu haben, dass General Motors und Chrysler Tausende von Arbeitsplätzen nach China verlagern würden, wurde von *Obama* und Repräsentanten der beiden Unternehmen als unrichtig zurückgewiesen. Auch Radiospots können von Kandidaten zu günstigeren Konditionen ausgestrahlt werden als von Super-PACs und unabhängigen Gruppen. Dies trug dazu bei, dass *Obama* die Republikanische Gegenseite auch mit der Anzahl gesendeter Radiospots deutlich übertraf.<sup>31</sup>

Die Präsidentschaftskampagnen nutzen Medien, vor allem Fernsehen und Radio, nicht nur, um ihre politischen Werbebotschaften direkt und unverfälscht an den Adressaten zu bringen (Paid Media). Mindestens genauso wichtig ist es für sie, in die freie Berichterstattung der Medien (Free Media) zu gelangen.<sup>32</sup> Das Problem dabei ist für die Kandidaten jedoch, dass sie die Botschaft nur schwer kontrollieren können. Schon nicht mehr ganz neue Fernsehformate wie Musiksendungen, Talkshows, Late-Night-Shows und Comedy-Shows bieten den Politikern verbesserte Chancen, sich ihren Wählern ungefiltert und authentisch zu präsentieren. Dieser Bereich des Infotainment hat auch den Vorzug, dass politikferne Wählergruppen erreicht werden können. Für den Erfolg hängt jedoch viel von der Kommunikationsbegabung des einzelnen Politikers ab: Während Präsident *Obama* mit starken Auftritten bei *Jon Stewarts* Daily Show, *Jay Lenos* Tonight Show oder *David Lettermans* Late Show Sympathiepunkte sammelte, schlug *Romney* alle Einladungen in Late-Night-Shows aus, weil er befürchtete, dort ein unvorteilhaftes Bild abzugeben.<sup>33</sup>

Die sozialen Medien sind nicht ganz eindeutig den Kategorien von Free und Paid Media zuzuordnen. Mit ersteren haben sie gemein, dass sie nichts kosten und den Präsidentschaftskampagnen die Kontrolle ihrer politischen Botschaften bis zu einem gewissen Grad aus der Hand genommen wird. Die Kampagnen verfügen jedoch über ausreichend Ressourcen, die sozialen Medien auch gezielt für ihre Zwecke einzusetzen – in dieser Hinsicht ähneln sie den Werbespots der Paid Media, für die sie unter anderem auch über YouTube eine Echofunktion ausüben. Wie schon im Präsidentschaftswahlkampf 2008 erwies sich die *Obama*-Kampagne als Meister in der Kunst der digitalen Wahlkampfführung. Ihre Website barackobama.com stellte Informations- und Werbematerial gezielt für 18 soziodemographische Gruppen bereit, *Romneys* Website mittromney.com nur für neun Gruppen. *Obama* hatte knapp 35 Millionen Freunde auf Facebook (*Romney* 12 Millionen), 26 Millionen Follower auf Twitter (*Romney* 1,7 Millionen) und über 370.000 Abonnenten auf seinem YouTube-Kanal (*Romney* 35.000). Insofern verwunderte es nicht, dass während des gesamten Wahlkampfs der Ton der Nachrichten auf Twitter und Facebook gegenüber *Obama* positiver ausfiel als gegenüber

31 Vgl. *Josh Gerstein*, Radio: The Other Air War, in: politico.com vom 1. November 2012; *Jim Rutenberg / Jeremy W. Peters*, 2 American Automakers Rebut Claims by Romney, in: The New York Times vom 30. Oktober 2012

32 Zur Unterscheidung von Paid Media und Free Media vgl. *L. Sandy Maisel / Mark D. Brewer*, Parties and Elections in America. The Electoral Process, Boulder 2008, Kapitel 10.

33 Vgl. *Bill Carter*, As Obama Accept Offers, Late-Night Television Longs for Romney, in: The New York Times vom 29. Oktober 2012.

*Romney*. Nur im dritt wichtigsten sozialen Medium, der Blogosphäre, folgte der Ton der Berichterstattung stärker den konjunkturellen Ausschlägen der Mainstream-Medien. Die *Obama*-Kampagne brachte es darüber hinaus 2012 zu nochmals gesteigerter Meisterschaft in der Nutzbarmachung sozialer Medien für die gezielte Mobilisierung von Wählern, Spendern und freiwilligen Unterstützern: In ihrer Datenbank Narwhal speicherte sie bis zu 500 Informationsdetails je Wähler, die sie über das Ausspionieren ihres Nutzerverhaltens im Internet und den Ankauf von Daten erwarb.<sup>34</sup>

Anders als es die Medienberichterstattung verhieß, die bis zum Schluss auf Basis der Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kontrahenten voraussagte, wirkten sich die beschriebenen Kräfteverhältnisse in „Ground Game“, „Air War“ und Web-Kampagne zugunsten *Obamas* aus. Es kamen noch zwei weitere Faktoren hinzu, die dem Präsidenten in die Hände spielten: Zum einen verbesserte sich die Wirtschaftslage weiter langsam, aber stetig. Am 5. Oktober, nur zwei Tage nach dem Debakel *Obamas* bei der ersten Fernsehdebatte, meldete das Arbeitsministerium erstmals seit seinem Amtsantritt eine Arbeitslosenrate von unter acht Prozent. Zum zweiten bescherte Hurrikan Sandy dem Präsidenten eine Woche vor der Wahl einen Commander-in-Chief-Moment, den dieser sich nicht entgehen ließ. Während der Wahlkampf drei Tage ruhte und *Romney* nur die Zuschauerrolle blieb, konnte der Präsident als tatkräftiger Katastrophenmanager an der Seite von *Chris Christie*, dem Republikanischen Gouverneur von New Jersey, glänzen. *Christie* überschüttete den Präsidenten und die Katastrophenschutzbehörde des Bundes (FEMA) mit Lob, womit er – sehr zum Ärger seiner Parteifreunde – Wahlkampf für den Präsidenten machte. Für *Romney* war dies doppelt ärgerlich, weil er während der Republikanischen Vorwahlen für einen Rückbau der FEMA zugunsten der einzelstaatlichen Katastrophenschutzbehörden plädiert hatte. Noch schlimmer kam es für den Republikanischen Kandidaten, als der unabhängige Bürgermeister von New York, *Michael Bloomberg*, die Unterstützung *Obamas* ankündigte und dies mit der Bedeutung des globalen Klimaschutzes begründete.<sup>35</sup>

Am Vorabend der Wahl deutete mithin alles auf eine zweite Amtszeit des Präsidenten hin. Zwar führte *Romney* nach wie vor in einigen Wahlabsichtsumfragen, in anderen der Präsident, und in wieder anderen lagen beide gleichauf. Treffsicherer als die Frage nach der eigenen Wahlabsicht erwies sich jedoch bei vergangenen Präsidentschaftswahlen die Frage nach der Erwartung eines Wahlsiegers. Hier waren die Ergebnisse eindeutig: Bei allen Umfragen der letzten Wochen rechneten deutlich mehr Wähler mit einem Sieg *Obamas*. Sein Vorsprung vor *Romney* in der Siegeserwartung lag zwischen 13 und 24 Prozentpunkten.<sup>36</sup>

34 Vgl. *Matthias Kolb*, Data-Mining im Wahlkampf: Amerikas gläserne Wähler, in: sueddeutsche.de vom 1. November 2012; Pew Research Center, Project for Excellence in Journalism, The Final Days of the Media Campaign 2012, Washington, D.C., 19. November 2012. Siehe auch *Sasha Issenberg*, The Victory Lab. The Secret Science of Winning Campaigns, New York 2012.

35 Vgl. *Shaila Dewan / Mark Landler*, Drop in Jobless Figure Gives Jolt to Race for President, in: The New York Times vom 5. Oktober 2012; *David Nakamura / Karen Tumulty*, Storm Provides Obama With a Commander-in-Chief Moment, in: washingtonpost.com vom 31. Oktober 2012; *Mark Landler / Michael Barbaro*, An Unlikely Political Pair, United by a Disaster, in: The New York Times vom 31. Oktober 2012; *Raymond Hernandez*, Bloomberg Backs Obama, Citing Failout From Storm, in: ebenda vom 1. November 2012.

36 Vgl. *David Rothschild / Justin Wolfers*, Forecasting Elections: Voter Intentions versus Expectations, Research Paper, brookings.edu, 11. November 2012.

## 5. Das Wahlergebnis

So überraschend kam es also nicht, dass Präsident *Obama* mit 51 gegenüber 47 Prozent für *Romney* recht deutlich gewann. Der Präsident erzielte landesweit mit knapp 66 Millionen Stimmen fünf Millionen mehr als sein Herausforderer – und nur 3,6 Millionen Stimmen weniger als 2008.<sup>37</sup> Der Vorsprung im Electoral College fiel mit 332 zu 206 Stimmen ebenfalls deutlich aus (2008: 365 zu 173). Gegenüber 2008 hatte *Obama* nur zwei Einzelstaaten, Indiana und North Carolina, und einen Distrikt in Nebraska verloren. Mit Ausnahme North Carolinas gewann er jeden Battleground. In Florida, Ohio und Virginia kam *Romney* einem Sieg noch am nächsten. Geographisch veränderte sich die Wahlkarte gegenüber 2008 kaum: Der Nordosten blieb mit seinen 96 Elektorenstimmen komplett in Demokratischer Hand. Dies waren fünf weniger als 2008 aufgrund der Neuberechnung nach dem Bevölkerungszensus 2010. Im Süden mit seinen 196 Electoral Votes (plus sieben) konnte *Obama* neben Washington D.C., Maryland und Delaware die 2008 neu hinzugewonnenen Staaten Florida und Virginia halten, was ihm 58 Stimmen einbrachte. Der Rest des Südens wählte Republikanisch. Im Mittleren Westen gewann *Obama* 80 der 118 Electoral Votes (minus sechs) und war vor allem in der Region um die Großen Seen erfolgreich. In Ohio, Michigan und Wisconsin half ihm das Bailout der Autoindustrie. Im Westen (128 Elektorenstimmen, plus vier) blieben Hawaii, Kalifornien, Oregon und Washington sowie die drei Swing States Colorado, Nevada und New Mexico mit ihren 98 Stimmen im Lager *Obamas* (vgl. Tabelle 2). Die Wahlbeteiligung ging zwar leicht auf 58,9 Prozent der Wahlberechtigten zurück, hielt aber annähernd das hohe Niveau der beiden letzten Präsidentschaftswahlen.<sup>38</sup> Kandidaten dritter Parteien und Unabhängige zogen 2.235.850 Stimmen auf sich, am meisten *Gary Johnson* auf dem Ticket der Libertarians (1,0 Prozent) und die grüne Kandidatin *Jill Stein* (0,4 Prozent).

### 5.1. Die Motive der Wahlentscheidung: Themen und Kandidaten

Die Ergebnisse der US-Präsidentenwahl sind lange Zeit mit dem Modell des retrospektiven Wählens recht zuverlässig erklärt worden. Seit der Präsidentschaftswahl 2000 setzt sich jedoch zunehmend die Erkenntnis durch, dass rationale Wahlentscheidungen nicht nur aufgrund rückwärtsgewandter Betrachtungen zustande kommen, sondern auch Zukunftserwartungen beinhalten. Das ist umso wahrscheinlicher, wenn der Amtsinhaber nicht wieder antritt oder aber seine Leistungsbilanz so ambivalent zu beurteilen ist, dass zusätzliche Informationen – auch über den Herausforderer – mitberücksichtigt werden müssen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können.<sup>39</sup> Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2012 stützt dieses Argument: Für 60 Prozent der Wähler standen wirtschaftspolitische Themen bei der Wahlentscheidung im Vordergrund. Gleichzeitig beurteilten drei Viertel der Wähler die

<sup>37</sup> Vgl. *Patrick Horst*, Die Wahl Barack Obamas zum 44. Präsidenten der USA, in: ZPol, 19. Jg. (2009), H. 1, S. 107 – 147.

<sup>38</sup> Vgl. *Michael McDonald*, United States Election Project, Voter Turnout, [http://elections.gmu.edu/voter\\_turnout.htm](http://elections.gmu.edu/voter_turnout.htm) (Abruf am 16. Januar 2013).

<sup>39</sup> Vgl. *Morris Fiorina / Samuel Abrams / Jeremy Pope*, The 2000 US Presidential Election: Can Retrospective Voting Be Saved?, in: British Journal of Political Science, 33. Jg. (2003), H. 2, S. 163 – 187; *Brad Lockerbie*, Do Voters Look to the Future? Economics and Elections, Albany 2008.

Staat	Stimmen absolut	Obama (Demokrat)			Romney (Republikaner)		
		Stimmen	Prozent	EV*	Stimmen	Prozent	EV*
Alabama	2,074,338	795,696	38,4		1,255,925	60,5	9
Alaska	300,495	122,640	40,8		164,676	54,8	3
Arizona	2,299,254	1,025,232	44,6		1,233,654	53,7	11
Arkansas	1,069,468	394,409	36,9		647,744	60,6	6
California	13,038,547	7,854,285	60,2	55	4,839,958	37,1	
Colorado	2,569,520	1,323,101	51,5	9	1,185,243	46,1	
Connecticut	1,558,960	905,083	58,1	7	634,892	40,7	
Delaware	413,921	242,584	58,6	3	165,484	40,0	
D.C.	293,764	267,070	90,9	3	21,381	7,3	
Florida	8,474,179	4,237,756	50,0	29	4,163,447	49,1	
Georgia	3,900,050	1,773,827	45,5		2,078,688	53,3	16
Hawaii	434,697	306,658	70,5	4	121,015	27,8	
Idaho	652,274	212,787	32,6		420,911	64,5	4
Illinois	5,242,014	3,019,512	57,6	20	2,135,216	40,7	
Indiana	2,624,534	1,152,887	43,9		1,420,543	54,1	11
Iowa	1,582,180	822,544	52,0	6	730,617	46,2	
Kansas	1,159,971	440,726	38,0		692,634	59,7	6
Kentucky	1,797,212	679,370	37,8		1,087,190	60,5	8
Louisiana	1,994,065	809,141	40,6		1,152,262	57,8	8
Maine	713,180	401,306	56,3	4	292,276	41,0	
Maryland	2,707,327	1,677,844	62,0	10	971,869	35,9	
Massachusetts	3,167,767	1,921,290	60,7	11	1,188,314	37,5	
Michigan	4,730,961	2,564,569	54,2	16	2,115,256	44,7	
Minnesota	2,936,561	1,546,167	52,7	10	1,320,225	45,0	
Mississippi	1,285,584	562,949	43,8		710,746	55,3	6
Missouri	2,757,323	1,223,796	44,4		1,482,440	53,8	10
Montana	484,048	201,839	41,7		267,928	55,4	3
Nebraska	794,379	302,081	38,0		475,064	59,8	5
Nevada	1,014,918	531,373	52,4	6	463,567	45,7	
New Hampshire	710,972	369,561	52,0	4	329,918	46,5	
New Jersey	3,638,499	2,122,786	58,3	14	1,478,088	40,6	
New Mexico	783,758	415,335	53,0	5	335,788	42,8	
New York	7,061,925	4,471,871	63,4	29	2,485,432	35,2	
North Carolina	4,505,372	2,178,391	48,4		2,270,395	50,4	15
North Dakota	322,932	124,966	38,7		188,320	58,3	3
Ohio	5,580,822	2,827,621	50,7	18	2,661,407	47,7	
Oklahoma	1,334,872	443,547	33,2		891,325	66,8	7
Oregon	1,789,270	970,488	54,2	7	754,175	42,1	
Pennsylvania	5,753,670	2,990,274	52,1	20	2,680,434	46,7	
Rhode Island	446,049	279,677	62,7	4	157,204	35,2	
South Carolina	1,964,118	865,941	44,1		1,071,645	54,6	9
South Dakota	363,815	145,039	39,9		210,610	57,9	3
Tennessee	2,458,577	960,709	39,1		1,462,330	59,5	11
Texas	7,993,851	3,308,124	41,4		4,569,843	57,2	38
Utah	1,017,440	251,813	24,7		740,600	72,8	6
Vermont	299,290	199,239	66,6	3	92,698	31,0	
Virginia	3,854,489	1,971,820	51,2	13	1,822,522	47,3	
Washington	3,125,516	1,755,396	56,2	12	1,290,670	41,3	
West Virginia	670,438	238,269	35,5		417,655	62,3	5
Wisconsin	3,071,434	1,620,985	52,9	10	1,410,966	46,0	
Wyoming	249,061	69,286	27,8		170,962	68,6	3
<b>United States</b>	<b>129,067,662</b>	<b>65,899,660</b>	<b>51,1</b>	<b>332</b>	<b>60,932,152</b>	<b>47,2</b>	<b>206</b>

\* EV = Electoral Vote, Wahlmännerstimmen.

Quelle: Federal Election Commission, Official 2012 Presidential General Election Results, 17. Januar 2013.

wirtschaftliche Lage als schlecht. Auch die persönliche Finanzsituation hatte sich für drei von vier Wählern nicht gebessert. Bei rein retrospektiver ökonomischer Betrachtung hätten die Amerikaner *Obama* nicht wiederwählen dürfen. Sie taten es trotzdem, weil sie die guten Wirtschaftsnachrichten im Oktober vernahmen und relativ optimistisch in die Zukunft blickten: Immerhin vier von zehn Wählern erwarteten, dass sich die Wirtschaftslage bessern würde. 46 Prozent der Wähler fanden sogar, dass sich das Land auf dem Weg in die richtige Richtung befände – was zwischen Februar und August 2012 nie mehr als 31 Prozent so sahen.<sup>40</sup> Vielleicht am erstaunlichsten war die Tatsache, dass am Wahltag nach wie vor eine Mehrheit der Wähler Ex-Präsident *George W. Bush* für die schlechte ökonomische Lage verantwortlich machte und nicht den amtierenden Präsidenten. Die Wählermehrheit erwartete deshalb von einer Präsidentschaft des Republikaners *Romney* keine bessere ökonomische Zukunft – wohl aber eine Politik, die einseitig die Reichen bevorteilen würde (vgl. Tabelle 3).

Hinzu kam, dass zwar überwiegend, aber nicht allein wirtschaftliche Motive in die Wahlentscheidung einflossen. Für immerhin 40 Prozent der Wähler gab es andere Themen, die ihnen wichtiger waren. In der Gunst der vorrangig sozialpolitisch oder außenpolitisch motivierten Wählerschaft lag *Obama* mit deutlichem Abstand vor *Romney*. Dieser konnte nur diejenigen Wähler von sich überzeugen, denen der Abbau des Haushaltsdefizits wichtigstes Anliegen war. Auffällig war, dass zwei riskante wahlkampfstrategische Schachzüge des Präsidenten sich auszahlten: Zum einen wurde seine Anordnung, die Ausweisung illegaler Einwanderer zu stoppen, von zwei Dritteln der Wähler gestützt. Zum anderen fand sich auch für seine Unterstützung der gleichgeschlechtlichen Ehe eine knappe Mehrheit in der amerikanischen Bevölkerung. Diese ist offensichtlich in gesellschaftspolitischen Fragen um einiges progressiver als die Republikaner. Von enormer Bedeutung für den Sieg *Obamas* war Hurrikan Sandy: Für zwei Drittel der Wähler floss das überzeugende Katastrophenmanagement des Präsidenten zu mehr oder weniger starken Teilen in ihre Wahlentscheidung ein (vgl. Tabelle 3).

Auch wenn Politikinhalten in der Regel größeres Gewicht beigemessen wird als den Kandidateneigenschaften, waren diese nicht bedeutungslos – zumal Themen- und Kandidatenbewertungen ineinander fließen. In der wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenz genoss Herausforderer *Romney* einen – allerdings statistisch insignifikanten – Vorsprung vor *Obama*, der demgegenüber auf dem sozialpolitischen Feld (Medicare) mehr Zuspruch fand. Im Kontext dieser Wahl, die im Zeichen der Bewältigung einer schweren Finanz- und Vertrauenskrise stand, kam es den Wählern offensichtlich mehr auf die Integrität und Empathie des Kandidaten als auf seine Führungsqualitäten an. *Obamas* überragende Stärke bestand darin, dass die Wähler in ihm – anders als in *Romney* – einen Kandidaten erblickten, der sich um die Menschen sorgt. Auch galt er als volksnäher und zog mehr Sympathien auf sich. *Obama* wurde dementsprechend mit stärkerer Überzeugung gewählt als *Romney*, dem gegenüber selbst die eigenen Wähler stärkere Vorbehalte hatten. Insgesamt schien damit die Negativkampagne des Präsidenten aus dem Frühsommer durchaus Früchte zu tragen: Zwar holte *Romney* im Oktober in den Beliebtheitsumfragen noch auf, konnte bis zum Wahltag *Obamas* Führung aber nicht mehr wettmachen (vgl. Tabelle 3).<sup>41</sup>

40 Vgl. The New York Times / CBS News Poll, 25.-28. Oktober 2012, S. 6; Matthew Dowd, The Mythic Narrative of the 2012 Election, in: nationaljournal.com vom 19. November 2012.

41 Vgl. Frank Brettschneider, Spitzenkandidaten und Wählerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2002, S. 206 – 214; Pew Research Center,

<i>Tabelle 3: Motive für die Wahlentscheidung bei der US-Präsidentschaftswahl 2012 (in Prozent)</i>			
Motive	Wähler	Obama	Romney
<b>Wichtigstes Thema:</b>			
Wirtschaft	59	47	51
Gesundheitspolitik	18	75	24
Haushaltsdefizit	15	32	66
Außenpolitik	5	56	33
<b>Wirtschaftslage der Nation ist ...</b>			
exzellent/gut	23	90	9
nicht so gut/schlecht	77	38	60
<b>Wirtschaftslage der Nation wird ...</b>			
besser	39	88	9
schlechter	30	9	90
unverändert bleiben	29	40	57
<b>Finanzlage der Familie ist ...</b>			
besser als vor vier Jahren	25	84	15
schlechter als vor vier Jahren	33	18	80
unverändert	41	58	40
<b>Land bewegt sich in die ...</b>			
richtige Richtung	46	93	6
falsche Richtung	52	13	84
<b>Mehr Schuld an den Wirtschaftsproblemen hat ...</b>			
Barack Obama	38	5	94
George W. Bush	53	85	12
<b>Amtsführung des Präsidenten:</b>			
Zustimmung	53	93	6
Ablehnung	46	3	94
<b>Illegal Immigranten sollten ...</b>			
legalen Status erhalten	65	61	37
ausgewiesen werden	28	24	73
<b>Gleichgeschlechtliche Ehen im Heimatstaat sollten ...</b>			
legal sein	49	73	25
illegal sein	46	25	74
<b>Obamas Reaktion auf den Hurrikan war ...</b>			
der wichtigste Faktor	15	73	26
ein wichtiger Faktor	27	65	33
ein geringfügiger Faktor	22	51	46
überhaupt kein Faktor	31	28	70
<b>Wichtigste Kandidateneigenschaft:</b>			
teilt meine Werte	27	42	55
starker Führer	18	38	61
sorgt sich um die Menschen	21	81	18
hat Zukunftsvision	29	45	54
<b>Wer hat größere Volksnähe?</b>			
Obama	53	91	7
Romney	43	1	98
<b>Romneys Politik würde ...</b>			
die Reichen ...	53	87	10
die Mittelschicht ...	34	6	93
die Armen <b>bevoorteilen</b>	2	—	—
<b>Meinung über den gewählten Kandidaten:</b>			
starke Bevorzugung	65	54	45
habe Bedenken	23	42	57
lehne den Kontrahenten ab	10	41	51
<b>Meinung von Obama:</b>			
günstig	53	93	6
ungünstig	46	3	94
<b>Meinung von Romney:</b>			
günstig	47	6	93
ungünstig	50	92	5

Quelle: National Voter Exit Polls 2012, <http://edition.cnn.com/election/2012/results/race/president> (Abruf am 15. November 2012).

## 5.2. Die Wahlentscheidung in soziodemographischen Gruppen

Der Wahlsieg *Obamas* wurde nicht allein durch rationale Wahlentscheidungen herbeigeführt, sondern beruhte mindestens ebenso sehr auf soziodemographischen Entwicklungen, die in der Bilanz die Demokraten begünstigten. Man muss nicht gleich wie eine deutsche Wochenzeitschrift „das Ende des weißen Mannes“<sup>42</sup> beschwören, um festzustellen, dass der Anteil der weißen Männer an der US-Bevölkerung rückläufig ist. Das gilt auch für weiße Frauen, die ebenfalls mehrheitlich für den Wahlverlierer votierten. Ungünstig für die Republikaner wirkte sich der Rückgang der Religionszugehörigkeit, vor allem unter weißen Protestanten und Katholiken, aus. Der Anteil derjenigen, die sich keiner Religion zugehörig fühlen, ist in den letzten fünf Jahren von 15 auf 20 Prozent angestiegen<sup>43</sup> – stärker noch, als es der Vergleich der nationalen Exit Polls von 2008 und 2012 aussagt. Ein weiterer Säkularisierungstrend, die starke Abnahme der verheirateten gegenüber der nichtverheirateten Bevölkerung, ist ebenfalls nicht günstig für die Republikaner. Das gilt auch für die leichte Abnahme der heterosexuellen Bevölkerung. *Obama* profitierte ferner davon, dass die USA nach wie vor eine junge Gesellschaft sind: Immerhin ein Fünftel der Wähler gehörte der jüngsten Generation der Jahrtausender (Millennials)<sup>44</sup> beziehungsweise der mit digitalen Technologien Aufgewachsenen (Digital Natives) an, die zwar nicht mehr ganz so enthusiastisch *Obama* wählte wie noch vor vier Jahren, aber immerhin zu 60 Prozent hinter ihm stand. Auch die Generation X der 30- bis 44-Jährigen wählte mehrheitlich den Präsidenten, während die Baby Boomer (45 bis 59 Jahre) und die Silent Generation (über 65 Jahre) stärker zu *Romney* neigten (vgl. Tabelle 4).

Die Kehrseite des Bedeutungsverlusts der weißen Bevölkerung ist der Bedeutungszuwachs der ethnischen Minderheiten: Unter den Schwarzen – vor allem den Männern – verlor *Obama* zwar leicht gegenüber 2008, sie wählten ihn aber immer noch zu 93 Prozent. Enorm hohe Zustimmung erzielte der Präsident auch unter den Amerikanern asiatischer Abstammung, die ihn zu knapp drei Vierteln unterstützten. Das war ein Zuwachs von elf Prozentpunkten gegenüber 2008. Für seinen Wahlsieg am bedeutsamsten war aber wie schon vor vier Jahren das Wahlverhalten der wachstumsstärksten Bevölkerungsgruppe in den USA: Die Latinos, deren Anteil an der Wählerschaft sich bis 2030 annähernd verdoppeln soll und die ein Zehntel der Wähler stellten, steigerten ihre Unterstützung *Obamas* um vier Prozentpunkte gegenüber 2008 auf 71 Prozent (vgl. Tabelle 4). Nur *Bill Clinton* hatte 1996 einmal einen Prozentpunkt mehr erzielt. Das Latino Vote ist auch deshalb so bedeutsam, weil es in einigen der am heftigsten umkämpften Battlegrounds das Potential hat, den Ausschlag zu geben: So waren 17 Prozent aller Wähler in Florida Latinos. Sie unterstützen *Obama* zu 60 Prozent – was auch daran lag, dass der Anteil der puertoricanischen gegenüber den kubanischen Latinos gestiegen war – und verhalfen ihm zu 29 Electoral Votes. Von ähnlich großer Bedeutung

Presidential Race Dead Even; Romney Maintains Turnout Edge, Washington, D.C., 29. Oktober 2012.

42 Bernd Ulrich / Özlem Topcu, Macho, weiß, von gestern, in: Die Zeit vom 15. November 2012, S. 3.

43 Vgl. Pew Research Center, „Nones“ on the Rise: One-in-Five Adults Have No Religious Affiliation, Washington, D.C., 9. Oktober 2012, S. 9 – 15.

44 Vgl. Morley Winograd / Michael D. Hais, Millennial Makeover. MySpace, YouTube, and the Future of American Politics, New Brunswick 2008.

<b>Tabelle 4: Wahlverhalten in sozialen Gruppen bei der US-Präsidentschaftswahl 2012 (in Prozent, in Klammern Veränderungen gegenüber 2008 in Prozentpunkten)</b>			
Wählergruppe	Wähler	Obama (Obama)	Romney (McCain)
<b>Geschlecht</b>			
Männer	47 (-)	45 (-4)	52 (+4)
Frauen	53 (-)	55 (-1)	44 (+1)
<b>Ethnie</b>			
Weisse	72 (-2)	39 (-4)	59 (+4)
Schwarze	13 (-)	93 (-2)	6 (+2)
Latinos	10 (+1)	71 (+4)	27 (-4)
Asiaten	3 (+1)	73 (+11)	26 (-9)
<b>Geschlecht und Ethnie</b>			
Weisse Männer	34 (-2)	35 (-6)	62 (+5)
Weisse Frauen	38 (-1)	42 (-4)	56 (+3)
Schwarze Männer	5 (-)	87 (-8)	11 (+6)
Schwarze Frauen	8 (+1)	96 (-)	3 (-)
Latino Männer	5	65	33
Latino Frauen	6	76	23
<b>Alter</b>			
18- bis 29-Jährige	19 (+1)	60 (-6)	37 (+5)
30- bis 44-Jährige	27 (-2)	52 (-)	45 (-1)
45- bis 59-Jährige	38 (+1)	47 (-3)	51 (+2)
über 65-Jährige	16 (-)	44 (-1)	56 (+3)
<b>Ideologie</b>			
liberal	25 (+3)	86 (-3)	11 (+1)
moderat	41 (-3)	56 (-4)	41 (+2)
konservativ	35 (+1)	17 (-3)	82 (+4)
<b>Parteiidentifikation</b>			
Demokrat	38 (-1)	92 (+3)	7 (-3)
Republikaner	32 (-)	6 (-3)	93 (+3)
Unabhängig	29 (-)	45 (-7)	50 (+6)
<b>Bildungsgrad</b>			
High-School-Besuch	3 (-1)	64 (+1)	35 (-)
High-School-Abschluss	21 (+1)	51 (-1)	48 (+2)
College ohne Abschluss	29 (-2)	49 (-2)	48 (+1)
College-Abschluss	29 (+1)	47 (-3)	51 (+3)
Postgraduiertenabschluss	18 (+1)	55 (-3)	42 (+2)
<b>Familieneinkommen</b>			
< 50.000 \$	41 (+4)	60	38
50.000 bis 99.999 \$	31 (-5)	46	52
> 100.000 \$	28 (+2)	44	54
<b>Religion</b>			
Protestanten	53 (-1)	42 (-3)	57 (+3)
Weisse Protestanten	39 (-3)	30 (-4)	69 (+4)
Katholiken	25 (-2)	50 (-4)	48 (+3)
Weisse Katholiken	18 (-1)	40 (-7)	59 (+7)
Juden	2 (-)	69 (-9)	30 (+9)
Andere	7 (+1)	74 (+1)	23 (+1)
Keine	12 (-)	70 (-5)	26 (+3)
<b>Status</b>			
verheiratet	60 (-6)	42 (-5)	56 (+4)
nicht verheiratet	40 (+6)	62 (-3)	35 (+2)
nicht heterosexuell	5 (+1)	76 (+6)	22 (-5)
<b>Wahlentscheidung</b>			
heute	3 (-1)	51 (+1)	44 (-1)
letzte drei Tage	6 (+3)	50 (+3)	45 (-7)
im Oktober	11	49	48
im September	9	44	53
davor	69	53	46

Quelle: National Voter Exit Polls 2012, <http://edition.cnn.com/election/2012/results/race/president> (Ab-ruf am 15. November 2012).

war das Latino Vote in Nevada, Colorado und Virginia, von noch größerer Bedeutung in New Mexico.<sup>45</sup>

Zuletzt profitierte *Obama* auch von einer viel beklagten Tatsache des politischen Lebens in den USA: der zunehmenden parteipolitischen Polarisierung. Zwar nahm die Zahl der Demokratischen Parteiidentifizierer von 2008 bis zum Frühjahr 2012 um vier Punkte auf 32 Prozent ab. Dieser Verlust kam jedoch nicht den Republikanischen Anhängern zugute, die sich nahezu konstant bei 24 Prozent hielten, sondern den Unabhängigen, deren Anteil in den letzten vier Jahren um sechs Punkte auf 38 Prozent angestiegen war. Der Zuwachs der Unabhängigen ging aber nicht mit einer wachsenden politischen Moderation unter den Wählern einher. Im Gegenteil: Der Anteil der Liberals, auch unter den Unabhängigen, nahm weiter zu, während der Anteil der Moderate und Konservativen konstant blieb. Die Demokraten zuneigenden Wähler waren mit 48 zu 40 Prozent deutlich im Vorsprung.<sup>46</sup> Dieser Überhang der Demokraten bei der Parteineigung erklärt, warum die 70 Prozent der Wähler, die sich bereits vor September entschieden, mehrheitlich für *Obama* votierten. *Romney* lag demgegenüber bei den Wählern, die sich im September und Oktober entschieden, vorne beziehungsweise gleichauf. Die Spätentschiedenen votierten unter dem Eindruck von Hurrikan Sandy wieder für *Obama*. Die parteipolitische Polarisierung trug auch zu einer besseren Mobilisierung der Wähler bei. Allerdings gelang es Demokraten und Republikanern gleichermaßen, ihren Anteil unter den tatsächlichen Wählern zu steigern, während die Unabhängigen gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil unterproportional wählten (vgl. Tabelle 4).

## 6. Ein Ausblick auf die zweite Amtszeit

Zweite Amtszeiten sind in der Regel schwieriger als erste und auch weniger erfolgreich. Die Wiederwahl ist zwar ein persönlicher Erfolg für einen Präsidenten. Sie geht aber fast nie mit einem politischen Mandat einher, zumal Amtsinhaber in ihrer zweiten Kampagne fast immer auf die Ankündigung großer politischer Visionen verzichten. Vier von fünf wiedergewählten Nachkriegspräsidenten vor *Obama* trafen auf einen gegnerischen oder geteilten Kongress. Nur *George W. Bush* konnte die ersten beiden Jahre seiner zweiten Amtszeit mit einer Republikanisch kontrollierten Legislative regieren. Sein zentrales Vorhaben, die Privatisierung der Rentenversicherung (Social Security), scheiterte dennoch. Das politische Mandat, das *Bush* dafür nach der gewonnenen Wahl beanspruchte, hatte er sich im Wahlkampf nicht erworben.<sup>47</sup> Auch *Obama* hat sich in seiner gegen *Romney* gerichteten Negativkampagne kein konkretes politisches Mandat erarbeitet. Darüber hinaus hat er es weiterhin mit einem geteilten Kongress zu tun, in dem die Demokraten nur zwei Sitze im Senat und acht im

<sup>45</sup> Vgl. Pew Research Center, Latino Voters in the 2012 Election, Washington, D.C., 7. November 2012; dass., An Awakened Giant: The Hispanic Electorate Is Likely to Double by 2030, Washington, D.C., 14. November 2012.

<sup>46</sup> Zu den Zahlen siehe Pew Research Center, Trends in American Values: 1987-2012. Partisan Polarization Surges in Bush, Obama Years, Washington, D.C., 4. Juni 2012, S. 93 – 102.

<sup>47</sup> Vgl. John P. Burke, Planning a Second Term: Challenges Continue, Center for the Study of the Presidency & Congress, Washington, D.C., 7. November 2012.

Repräsentantenhaus hinzugewannen. Wie sehr der Wahltag am 6. November 2012 das Divided Government zementierte, zeigen auch die einzelstaatlichen Wahlergebnisse: Während die Republikaner die Zahl ihrer Gouverneure von 29 auf 30 erhöhen konnten, bauten die Demokraten die Zahl der von ihnen kontrollierten einzelstaatlichen Legislativen von 15 auf 19 aus. 26 Legislativen blieben in Republikanischer Hand, die geteilten nahmen von acht auf vier ab. *Obama* hat es nach wie vor mit einer sehr starken Opposition zu tun.<sup>48</sup>

Die Herausforderungen, vor denen der Präsident in seiner zweiten Amtszeit steht, liegen auf den Feldern der Personalpolitik, der Gesetzgebung und der Gesetzesimplementierung. Mit seiner Wiederwahl entfiel die Notwendigkeit einer aufwendigen Transition, die Kontinuität der *Obama*-Administration blieb gewahrt. Dennoch ist die Fluktuation nach vier Jahren erfahrungsgemäß hoch. Auch diesmal kündigten bis zum Tage der Inauguration des Präsidenten fünf der 15 amtierenden Minister ihren Rücktritt an. Darunter war fast das gesamte Inner Cabinet: Außenministerin *Hillary Clinton*, Schatzminister *Timothy Geithner* und Verteidigungsminister *Leon Panetta*. Verlassen werden das Kabinett auch Innenminister *Ken Salazar*, Arbeitsministerin *Hilda L. Solis* und die Leiterin der Umweltschutzbehörde *Lisa P. Jackson*. Anhaltende Gerüchte gab es über einen Rückzug von Energieminister *Steven Chu*, Verkehrsminister *Ray LaHood* und des US-Handelsbeauftragten *Ronald Kirk*. Vor allem die Auseinandersetzungen um die Nachfolge  *Clintons* im Außenministerium deuteten an, dass die Republikaner nicht gewillt waren, dem Präsidenten einen Freifahrtschein auszustellen: Sie blockierten seine Wunschkandidatin *Susan E. Rice* und unterstützen statt dessen Senator *John F. Kerry*, den Demokratischen Präsidentschaftsbewerber von 2004. Auch die Nominierung des Republikaners *Chuck Hagel* für das Amt des Verteidigungsministers stieß auf politischen Widerstand, bei Republikanern wie Demokraten. Weniger kontrovers waren dagegen die Nominierungen von *Jacob J. Lew*, des bisherigen Stabschefs im Weißen Haus, als Schatzminister und von *John O'Brennan* als CIA-Direktor. Die Bestätigung der Nominierungen im Senat galt als sicher. Kritisiert wurde *Obama* jedoch dafür, dass er ausschließlich Vertreter jener Spezies nominierte, die als Verlierer der Wahl galt: weiße Männer. Auch für die überragend wichtige Position des Stabschefs im Weißen Haus wurde ein weißer Mann nominiert: *Denis McDonough*, der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater. Als engster politischer Vertrauter *Obamas* benötigt er keine Zustimmung des Senats.<sup>49</sup>

48 Zu den einzelstaatlichen Ergebnissen siehe Center on the American Governor, The 2012 Gubernatorial Election Results, [http://governors.rutgers.edu/usgov/governors\\_2012election-results.php](http://governors.rutgers.edu/usgov/governors_2012election-results.php); National Conference of State Legislatures, History Holds True in 2012 Legislative Elections, <http://www.ncsl.org/press-room/history-holds-true-in-2012-legislative-races.aspx> (Abruf am 18. Januar 2013).

49 Vgl. *David E. Sanger*, Obama Expected to Name Kerry as Secretary of State, in: The New York Times vom 16. Dezember 2012; *Mark Landler*, In Fending Off Critics, Obama Points to Hagel as Vietnam Hero, in: ebenda vom 7. Januar 2013; *Scott Shane / Mark Mazzetti*, Choice to Lead C.I.A. Faces a Changed Agency, in: ebenda vom 7. Januar 2013; *Annie Lowrey*, Obama's remade Inner Circle Has an All-Male Look, So Far, in: ebenda vom 8. Januar 2013; *Jackie Calmes*, Obama's Pick for Treasury Is Said to Be His Chief of Staff, in: ebenda vom 9. Januar 2013; *David Nakamura*, Denis McDonough, Loyal and Trusted Aide, To Be Obama's Chief of Staff, in: washingtonpost.com vom 17. Januar 2013.

Auf gesetzgeberischem Feld gilt für wiedergewählte Präsidenten, dass ihre Zeit für die Einleitung wichtiger Gesetzesvorhaben noch schneller abläuft als in der ersten Amtsperiode. Sie müssen schnell handeln, ihre Prioritäten gut überdacht setzen und die gegnerische Partei wenn möglich mit ins Boot nehmen. Große Kämpfe mit dem Kongress sollten sie vermeiden, weil die Gefahr eines Überziehens und des damit verbundenen politischen Rückschlags zu hoch ist. Allerdings bieten sich in einem Divided Government immer auch Chancen für einen Präsidenten, weil die Opposition als Mehrheitspartei in mindestens einer Kammer des Kongresses sowie als regierende Partei in zahlreichen Einzelstaaten in der politischen Verantwortung steht und nicht dauerhaft blockieren kann.<sup>50</sup> Bei der Republikanischen Partei kommt nach ihrer Niederlage bei der Präsidentschaftswahl hinzu, dass sie um Kurskorrekturen nicht herumkommen wird, will sie ihre Chancen bei zukünftigen (Präsidenten-)Wahlen nicht verspielen. Dies kann der Präsident nutzen, um den politischen Druck auf die gegnerische Seite zu erhöhen.

Die besten Aussichten für ein erfolgreiches Gesetzesvorhaben in der zweiten Amtszeit *Obamas* hat eine umfassende Einwanderungsreform, der sich die Republikaner nur schwer widersetzen können, weil für sie die Latino-Wählerschaft zu wichtig ist, als dass sie diese auf Dauer den Demokraten überlassen könnten. Die größte Gefahr, seine Möglichkeiten zu überreizen, lauert in der Verschärfung der Waffenkontrollgesetze, die *Obama* unter dem aktuellen Eindruck des Schulmassakers in Connecticut mit großer Verve anstrebt. Hier ist der politische Widerstand bis in die höchsten Ränge der Demokratischen Partei hinein organisiert. Raum für Kompromisse sollte es mittelfristig, so verfahren die Lage auch scheint, in der Haushalts- und Finanzpolitik geben, in der die Republikaner ihre jetzige Strategie (bezeichnet als „Chicken Game“) nicht endlos weitertreiben können. *Obama* kann hier möglicherweise wie beim Überspringen der Fiskalklippe zum Jahreswechsel eine Koalition mit den Republikanern im Senat schmieden und sich die Spaltung der Republikaner im Repräsentantenhaus sowie die aktuelle Schwäche der Tea Party zunutze machen. Schließlich wird *Obama* in der zweiten Amtszeit auf administrativem Felde weiter an der Fortsetzung seiner politischen Agenda aus der ersten Amtszeit arbeiten. Mit einiger Sicherheit kann prognostiziert werden, dass die Umsetzung seiner Gesundheitsreform und der bildungspolitischen Initiativen Schritt für Schritt vorankommen wird, weil der Bund die Einzelstaaten am goldenen Zügel der Finanzzuweisungen führen kann.<sup>51</sup>

50 Dazu prinzipiell *David R. Mayhew*, *Divided We Govern. Party Control, Lawmaking, and Investigations, 1946-2002*, New Haven 2005.

51 Vgl. *Julia Preston*, Obama Will Seek Citizenship Path in One Fast Push, in: The New York Times vom 12. Januar 2013; *Peter Baker / Michael D. Shear*, Obama to “Put Everything I’ve Got” Into Gun Control, in: ebenda vom 16. Januar 2013; *Jonathan Weisman*, Tax Deal Shows Possible Path Around House G.O.P. in Fiscal Fights to Come, in: ebenda vom 2. Januar 2013; *Sarah Kliff*, Plans for Health Insurance Exchanges Approved by White House for Seven More States, in: washingtonpost.com vom 3. Januar 2013.